



## Hauptausschuss

### 22. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:56 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- |  |           |
|--|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>5</b>  |
| Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 heute nicht zu behandeln und auf die nächste Sitzung zu verschieben.                              |           |
| <b>1 Gespräch mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</b> | <b>6</b>  |
| Vorlage 18/1231  |           |
| <b>2 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)</b>                                    | <b>29</b> |
| Gesetzentwurf<br>der Fraktion der AfD<br>Drucksache 18/5830  |           |
| – abschließende Beratung und Abstimmung  |           |
| – wird nicht behandelt   |           |

- 3 NS-Sondergerichte waren juristisches Unrecht in der NS-Zeit! – Auch und gerade heute ist ein Gedenken an politisch motivierte Unrechtsurteile wichtig! 30**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7206
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss zu beteiligen.
- 4 Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung! 31**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7198
- Vorlage 18/2113
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 5 Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten 32**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7196
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 6 Spieler- und Jugendschutz stärken, Spielsucht bekämpfen: Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) einsetzen! 33**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/7210

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

<b>7</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>34</b>
	<b>a) Hinweis auf zwischenzeitlich eingegangene Vorlagen</b>	<b>34</b>
	<b>b) Einrichtung der Stabsstelle Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit</b>	<b>34</b>

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 heute nicht zu behandeln und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

## 1 Gespräch mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Vorlage 18/1231

**Vorsitzender Klaus Vossemer:** Ich darf sehr herzlich die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Frau Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in unserem Ausschuss begrüßen. Schön, dass Sie da sind.

Zuletzt waren wir mit Ihnen in unserer Sitzung am 27. Oktober 2022 im Gespräch. Seitdem ist viel Zeit vergangen, und es ist viel geschehen. Wir hatten uns seinerzeit über den Antisemitismusbericht 2021 unterhalten. Der Bericht über das Jahr 2022 liegt uns als Vorlage 18/1231 auch seit geraumer Zeit vor.

Wir können sicher auch mit Blick auf das Jahr 2023 heute schon einiges besprechen. Der 7. Oktober des vergangenen Jahres war ein besonderes Datum mit den Gräueltaten in Israel und dem erschreckenden Ausmaß an Brutalität. Danach sind in Deutschland auf den Straßen Hass und Antisemitismus in der schlimmsten Form offen zutage getreten. Einen latenten Antisemitismus haben wir immer feststellen müssen. Darauf haben Sie auch immer sehr deutlich und mahnend hingewiesen. Aber das hat jetzt eine neue Dimension, über die wir gleich sprechen müssen.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen):** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Zu dem Bericht zum Jahr 2022 möchte ich nur noch wenige Punkte sagen. Meine Berichte enthalten ja immer Handlungsempfehlungen. Dann ist wichtig, ob die etwas bewirken oder nicht. Da darf ich vielleicht einige Punkte erwähnen.

Das haben wir auch hier schon einmal besprochen: Die jüdischen Studierendenorganisationen haben darauf hingewiesen, dass wir immer wieder das Problem mit Prüfungsterminen haben – besonders im medizinischen Bereich –, wenn die auf jüdische Feiertage fallen. Die werden lange im Voraus festgelegt. Ohne dass wir ein Feiertagsregelungsgesetz auf den Weg bringen mussten, ist in Gesprächen mit dem IMPP jetzt etwas erreicht worden, was ich sehr begrüße. Das IMPP war sich dieser Problematik gar nicht bewusst. Gesundheitsminister Laumann hatte sich auf meine Bitten hin eingebracht, und ich habe viele Gespräche geführt. Jetzt werden die Termine im Voraus für mehrere Jahre so festgelegt, dass keine Feiertage betroffen sind. Das bestärkt mich – auch wenn das nur ein kleiner Punkt ist. Für die jüdische Community spielt das eine große Rolle, weil man das einfach ernst nimmt. Deshalb bin ich froh, dass das erreicht ist.

Das Thema „Schule/Bildung“ spielt bis heute eine herausragende Rolle – gerade auch nach dem 7. Oktober. Nach § 11 Lehrerausbildungsgesetz LABG und den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz muss Antisemitismus ein verpflichtender Teil der verschiedenen Stufen der Lehramtsausbildung sein. Das ist jetzt die Aufgabe der Universitäten, das mit Inhalt zu füllen. Die Beschlüsse der KMK gelten in allen Bundesländern. Aber wie man das macht, ist dann der Landesseite und den Hochschulen überlassen. Da gilt dann auch Hochschulfreiheit, wie sie die Inhalte ausfüllen. Es gibt aber schon die

verschiedensten Tools, die man zusammenführen kann. Auch das war eine meiner Handlungsempfehlungen.

In Justizvollzugsanstalten gibt es auch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in unterschiedlicher Form, auch Antisemitismus. Inzwischen gibt es konkrete Projekte. In der Justizvollzugsanstalt Bielefeld habe ich auch an einem teilgenommen. Aber es gibt auch Onlinekurse gerade auch für die Beschäftigten im Justizvollzug, um im Alltag überhaupt Antisemitismus besser zu erkennen. Da brauchen wir keine intellektuellen, universitär belegten Ausführungen, sondern das muss sehr einfach erklärt werden. Da sind inzwischen Webinare auf den Weg gebracht, auch vom zuständigen Ministerium.

Wir hatten ja auch die Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften. Das stand auch in meinem Bericht von 2022. Das wirkt inzwischen. Da gibt es einen Koordinator. Die haben im letzten Jahr den ersten Bericht vorgelegt. Wir hatten eine gemeinsame Veranstaltung im Justizministerium mit all den Antisemitismusbeauftragten in der Justiz. Wir haben dort einen Erfahrungsaustausch gehabt. Denn es ist ja immer wichtig, ob den Beschlüssen und der Institutionalisierung von gewissen Dingen dann auch eine Konsequenz folgt und was das dann unmittelbar mit der Arbeit macht. Inzwischen wurde ein Leitfaden erarbeitet. Andere Bundesländer ziehen nach, aber nicht alle haben schon den Stand erreicht, auf dem Nordrhein-Westfalen ist. Es gibt sehr positive Rückmeldungen aus den jüdischen Gemeinden. Denn die Beauftragten wenden sich auch an die jüdischen Gemeinden und stellen sich vor, denn eine Seite ihrer Tätigkeit ist, die Kommunikation zu verbessern.

An dem Bericht für das Jahr 2023 arbeiten wir bereits intensiv.

Damit komme ich zum 7. Oktober. In dieser Dimension habe ich mir – wie wahrscheinlich Sie alle – dieses barbarische Ermorden von Israelis durch die Terrororganisation Hamas nicht vorstellen können. Man sieht, was für ein Hasspotenzial da ist.

Wenn man sich die Charta der Hamas ansieht – jeder sollte die sich ansehen –, dann weiß man, dass das eine ganz gezielte Aktion im Sinne dieser Charta der Hamas ist, Juden zu ermorden, eine Welt ohne Juden zu haben. Das wird dort unmissverständlich gesagt. Ich werde auch die Charta der Hamas an meinen Bericht anfügen – nicht nur einen Link –, damit man in ein paar Textteilen lesen kann, was die Vorstellung der Hamas ist.

Mit dieser barbarischen Attacke wollte sie zeigen: Israelische Sicherheitsdienste sind verletzbar. – Das ist ja das, was auch innerisraelisch jetzt eine ganz große Rolle spielt. Aber sie wollte auch zeigen: Hier haben wir ein israelisches Territorium, und da gibt es jetzt kaum noch Juden. – Dass auch Araber umgebracht wurden, Muslime, das hat die gar nicht interessiert. Das war wahrscheinlich aus ihrer Sicht ein Kollateralschaden.

Diese Intensität hat verständlicherweise hier die jüdischen Gemeinden und Jüdinnen und Juden sehr beunruhigt. Darüber ist auch gesprochen worden. Es gab ja auch die Debatte im Landtag dazu. Ich habe viele jüdische Gemeinden besucht, weil mir wichtig war, dass sie sehen, dass ihre schwierige Situation wahrgenommen wird. Die meisten sind betroffen. Sie haben Angehörige in Israel und kennen vielleicht jemanden, der von der Geiselnahme betroffen ist. Es sind immer noch weit über 100 Geiseln in der

Hand der Hamas. Als ich von Oktober bis Anfang Dezember diese Besuche gemacht habe, waren es noch viel mehr.

Da habe ich gemerkt, dass auf der einen Seite eine große Dankbarkeit da ist für die Sicherheitsbemühungen für jüdische Einrichtungen. Sie haben den Haushalt hier beschlossen mit dem erhöhten Ansatz für Sicherheitsmaßnahmen, der absolut notwendig, gut und richtig ist. Auf der anderen Seite beschäftigt sie, dass sie jetzt möglicherweise um ihre Synagoge zur Sicherheit eine Mauer bauen müssen. Dabei waren sie eigentlich froh, zwar eine Einlasskontrolle zu haben, aber keine Art Sicherheitstrakt. Denn ein Gotteshaus soll ja offenstehen.

Es besteht aber natürlich auch die Erwartung, dass den wichtigen Aussagen zur Solidarität mit Israel und zur Staatsräson Israel auch Taten folgen. Da darf ich hier ganz offen sagen, dass immer wieder sehr klar angesprochen wurde eine Enttäuschung über die Enthaltung der Bundesregierung zur UN-Resolution statt einer Ablehnung. Denn dort wurde ja nicht ganz klar der Terror der Hamas verurteilt. Deshalb haben die Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich und einige andere abgelehnt. Deutschland hat sich mit Begründung enthalten. Es ist nicht verstanden worden – ich darf das offen sagen. Es ist ja auch nicht ganz so einfach – man will Gesprächslinien offenhalten und andere Dinge –, das zu begründen. Da wird dann gefragt: Ist das jetzt die Solidarität? Das ist natürlich die obere Ebene, die uns hier nicht beschäftigt. Aber sie beschäftigt die Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen.

Ganz wichtig ist der Blick darauf – wie auch in meinem Bericht 2022 schon –, dass wir Antisemitismus in verschiedener Form bei allen Extremismen haben: Rechtsextremismus, Linksextremismus, islamistischem Terrorismus. Er ist da. Das darf nicht dazu führen, dass wir ganze Gruppen pauschal verantwortlich machen, also nicht alle Muslime, nicht alle, die vielleicht mit ihren politischen Auffassungen eher in dem linken Spektrum verortet sind. Aber da, wo es zu Extremismen kommt, ist auch überall der Antisemitismus leider andockfähig und auch vorhanden. Das hat auch der Sachverständigenrat, der in Migrationscommunities die Auffassung zu Antisemitismus untersucht hat, mit ausgearbeitet. Das hatte ich auch deshalb schon 2022 in meinem Bericht.

Ganz wichtig ist für unsere Tätigkeit, für mich und für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Wir sind dreieinhalb Personen im Büro. Wir haben dank Ihrer Unterstützung einen Etat von 600.000 Euro, wovon wir 300.000 Euro für Zuwendungsprojekte nehmen. Also wir nehmen da jetzt mehr. Wir hatten im letzten Jahr 200.000 Euro im Zuwendungsbereich, wo Anträge gestellt werden und wir dann einen Bescheid machen. Da tun wir uns leichter, weil wir durch EuGH-Rechtsprechung und alles Mögliche ja immer in schwierigen Situationen sind, mit Verträgen zu arbeiten. Kleinere Projekte, Unterstützung mit Zivilgesellschaft, mit Schulen und anderen – hier 500 Euro, da 1.000 Euro – können wir natürlich auch auf andere Art und Weise machen. Aber wir haben diesen Zuwendungsbereich.

Natürlich kann man bei uns nur Förderung beantragen, wenn man sich zur IHRA-Definition bekennt und auch für das Existenzrecht Israels ist. Das hat nichts mit der Debatte in Berlin zu tun, sondern das machen wir, seitdem wir Gelder vergeben dürfen. Eine Antisemitismusbeauftragte, die darauf keinen Wert legt, guckt irgendwie nicht richtig hin. Von daher ist das für mich keine Debatte, die uns berührt. Im ganzen Kulturbereich,



vielleicht für alle politischen Bereiche, gesellschaftlichen Bereiche hat diese Debatte eine andere Dimension. Für mich ist aber klar, wie wir das handhaben. Ich glaube, Sie könnten es nicht verstehen, wenn ich BDS-nahen Organisationen aufgrund eines Förderantrags Geld geben würde. Da würden wir ja auch nicht wissen, wie da in NRW etwas bewirkt werden kann. Das steht in den Anträgen. Wer die Anträge unterschreibt, erkennt das verbindlich an. Wenn dann andere Dinge dabei herauskommen – das hatten wir bisher nicht, weil wir natürlich vorher schauen, mit wem wir uns da auf eine vertragliche Beziehung einlassen –, dann werden natürlich Konsequenzen gezogen. Wenn das Projekt noch nicht beendet ist, wird es beendet, dann fließen keine Gelder mehr, und zukünftig gibt es dann natürlich sowieso keine Projekte mehr mit solchen Partnern. Ich glaube, das gehört einfach mit dazu. Jetzt hat die Debatte noch eine andere Dimension bekommen.

Was die Zahlen angeht: Die sind ja noch nie so richtig fest. Da wird ja immer noch bewertet. Das Bundeskriminalamt wird für 2023 die endgültige Zahl antisemitisch motivierter Straftaten wohl erst Ende Januar herausgeben können. Das wirkt sich dann auch immer auf das Land aus. Von daher gibt es immer zwei Kategorien, einmal die Zahlen, die im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt genannt werden, die nicht alle antisemitisch zugeordnet werden. Die Zahl liegt in Nordrhein-Westfalen – auch das schwankt immer – derzeit wohl bei über 600 vom Zeitraum 7. Oktober bis Ende des letzten Jahres. Ausdrücklich antisemitisch zugeordnet sind aus dem Innenministerium davon 260. Das ist keine abschließende Zahl. Auch da wird es möglicherweise Korrekturen in die eine oder andere Richtung geben. Ich kann das hier nur wiedergeben. Von mir kommen diese Zahlen ja nicht.

Seit Januar gilt eine geänderte Praxis, die wir auch gefordert haben. Wenn Polizei und Sicherheitsbehörden nicht genau wussten, ob eine Tat antisemitisch motiviert ist und aus welchem Spektrum sie kommt, hat man sie bisher im Zweifel immer rechts zugeordnet. Das wird ab Januar 2024 nicht mehr so sein, sondern das kommt dann in eine neue Kategorie: nicht zuordenbar. Dann wird man später bei den Ermittlungen sehen, wo das zugeordnet werden müsste. Das schafft dann auch mehr Klarheit.

Ich möchte einige Punkte nennen, was wir noch machen.

Wir versuchen, mit unseren Angeboten in Nordrhein-Westfalen möglichst breit in die Fläche zu kommen, mit Informationen, Diskussionen, Workshops und allen möglichen Dingen. Dabei spielen die Kommunen eine Rolle. Das haben wir mit Kommunaltagen intensiviert. In diesem Jahr werden zwei stattfinden. Das zieht sehr viele Fragen und vor allen Dingen Anregungen und auch Anträge auf Unterstützung von Projekten vor Ort nach sich – in unterschiedlicher Qualität. Letztes Mal waren wir in Arnsberg. Dieses Jahr sind wir in Detmold. Es waren Bürgermeister vertreten und Ansprechpartner für Antisemitismus und Antidiskriminierung. Nicht überall gibt es ja extra Stellen für Antisemitismus.

Wir sind natürlich auch an den Unis. Ich bin mit den Studierendenorganisationen – natürlich gerade mit den jüdischen Studierendenorganisationen – in einem permanenten Austausch. Nach dem 7. Oktober hat es teilweise sehr zugespitzte Aktionen an Universitäten gegeben, auch in den Studierendenvertretungen. Die haben mir über manche Fälle berichtet.

Ich hatte dann dank Frau Brandes die Gelegenheit, bei der Landeswissenschaftskonferenz mein Petitum für die wichtige Rolle der Universitäten vorzutragen. Auch da muss nach dem 7. Oktober klar Haltung bezogen werden. Denn manchmal ist da auch eine gewisse Ambivalenz festzustellen, weil man auch vielleicht Angst vor sehr zugespitzten Reaktionen und Auseinandersetzungen hat. Ich kann verstehen, dass man sich da vielleicht dann nicht gut wiederfindet, aber ich bin sehr froh, dass die Universitäten noch im letzten Jahr einen Beschluss gefasst haben, der sich an die Hochschulrektorenkonferenz-Resolution anlehnt.

Darin wird auch klar der Terror der Hamas verurteilt, ohne auszublenden, dass es natürlich in Gaza bei den Palästinenserinnen und Palästinensern jetzt großes Leid und eine ganz schwierige humanitäre Situation gibt. Das kann man ja nicht weglassen. Aber man darf auf keinen Fall Ursache und Wirkung verwechseln. Die Gefahr besteht. Es wird ja gerne gerade aus im weitesten Sinne hamasgeneigten Kreisen vom Albtraum Gaza gesprochen. Eigentlich war es der Albtraum Israel am 7. Oktober. Da müssen wir aufpassen, dass wir bei dem Blick, den man auch auf die Auswirkungen haben muss, auf keinen Fall in eine Verschiebung von Ursache und Wirkung kommen. So ein Diskurs findet ja doch in manchen Teilen unserer Gesellschaft statt.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen Solidaritätsbekundungen für Israel. Wir haben auch propalästinensische – deutlich mehr als proisraelische – Demonstrationen. Viele verlaufen störungsfrei, wie das Innenministerium und die Polizei berichten. Aber natürlich hat es auch zugespitzte Auseinandersetzungen gegeben und Rufe: From the river to the sea. – Die Justiz beschäftigt sich jetzt intensiv damit, ob das erlaubt ist oder nicht. Natürlich ist das eine wirklich schwierige Aufgabe für die Sicherheitsbehörden.

Das war auch in meinen Gesprächen mit den jüdischen Gemeinden ein Thema. Jetzt ist bei jüdischen Einrichtungen ja permanent die Polizei präsent. Ich habe mir dort bei den Polizeibeamten die ganzen Flyer angeguckt und die langen Listen, die sie zu arabischen Schriftzügen und ihrer Bedeutung haben. Die Frage ist, wann das strafrechtlich relevant ist, wann das Volksverhetzung ist. Das ist natürlich ganz schwierig. Auch damit befassen sich derzeit ja die Gerichte, wenn es Auflagen für Demonstrationen gibt. Dass man das so erfasst hat und jederzeit einen Islamforscher zurate ziehen kann, der erläutert, was etwas bedeutet, ist gut. Denn das können Polizisten ja gar nicht erkennen.

Wir werden mit dem Landtagspräsidenten ein Projekt machen, das auch aus dem 7. Oktober resultiert. Es gibt schon länger das gut besuchte Projekt Schule der Demokratie, bei dem gerade Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte, aber nicht nur Schülerinnen und Schüler über die Wirkungsweisen unserer Demokratie informiert werden. Jetzt kommt ein Teil Antisemitismus dazu. Wir wollen diese Möglichkeit nutzen. Gerade werden die Materialien erstellt. Ich beteilige mich finanziell daran. Natürlich braucht man auch Referenten.

Ich diskutiere an Universitäten. Ich war in Bonn und bin im Januar noch an der Uni Münster. Das wird in diesem Jahr weitergehen.

Wir wollen gemeinsame Aktivitäten entwickeln mit dem Städtetag, mit den Volkshochschulen, mit dem Integrationsrat, also eigentlich mit all den Verbänden und Einheiten

in Nordrhein-Westfalen, die sich mit Antisemitismus befassen oder die Kontakt zu Menschen haben, die mit Antisemitismus zu tun haben. Denn es ist wichtig, dass die sehen, welche Haltung wir dazu haben: Antisemitismus ist keine Meinung, sondern eine zutiefst menschenverachtende Haltung.

Beim Verein begegnen e. V. bin ich Gründungsmitglied. Den gibt es jetzt seit einigen Jahren. Muslime, Juden und Christen machen auch Gedenkstättenfahrten. Daran haben inzwischen 400 bis 500 teilgenommen. Jetzt wollen wir besondere nichtöffentliche Formate bilden, bei denen die sich begegnen können und auch Freunde mitbringen können. Wir wollen über den bisherigen Teilnehmendenkreis hinaus Räume für Diskussionen schaffen. Denn im Moment ist es nicht so einfach, Gespräche zwischen Muslimen und Juden zu organisieren. Da gibt es Vorbehalte und Unsicherheiten. Deshalb müssen das sichere nichtöffentliche Räume sein. Darauf legen alle Beteiligten Wert. Das ist auch nicht etwas, was dann überall herumgetragen wird. Wir müssen in dieser Situation nach wie vor an Begegnungen arbeiten, und das versuchen wir in verschiedenen Formaten.

Ich hatte vor dem 7. Oktober mit dem islamischen Verband eine Veranstaltung in der Staatskanzlei, die auch nichtöffentlich war und bei der Muslime und Juden, junge Menschen, miteinander diskutiert haben. Wir haben ein Incentive gegeben, und dann haben die sich unter sich ausgetauscht, und zwar in einer wirklich guten Stimmung. Das wollen wir fortsetzen. Aber als wir jetzt nachgefragt haben, wurde gesagt, man will jetzt erst einmal ein bisschen abwarten. Das wird aber auf alle Fälle weitergehen.

Das sind die Dinge, die man nicht sieht, die aber wichtig sind, weil sie in der Gesellschaft den Zusammenhalt stärken bei all dem, was gerade durch den Nahostkonflikt jetzt an Spaltung in unsere Gesellschaft kommt. Das haben wir ja bei den Demonstrationen in NRW gesehen mit Beschimpfungen und dem Verbrennen der Israelfahne. Da sind, glaube ich, 82 Fälle erfasst worden. Das ist ja ausdrücklich ein Straftatbestand. Mir berichten Regierungspräsidenten von ihren Problemen, Fahnen nachzubestellen, wenn zum vierten oder fünften Mal eine Fahne beschädigt oder gestohlen worden ist. Da entlädt sich eben auch der Hass gegen Israel. Teilweise bezieht sich das auch auf Jüdinnen und Juden hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht immer eindeutig. Damit befassen sich dann die Gerichte, weil es neben dem Tatbestand der Sachbeschädigung bei Beschädigung von Israelfahnen natürlich um den Tatbestand der Volksverhetzung geht.

Ich will es jetzt bei diesem Incentive bewenden lassen und hoffe, dass ich nicht zu lange geredet habe. Aber ich finde es wichtig, dass Sie ein bisschen sehen, wo wir jetzt tätig sind und wie wir versuchen, aufbauend auf unserer Tätigkeit seit 2019 noch mehr in die verschiedenen Bereiche hineinzukommen – vor dem Hintergrund dessen, was am 7. Oktober Fürchterliches passiert ist.

**Vorsitzender Klaus Vossemer:** Ganz herzlichen Dank, Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Nein, es war nicht zu lange. Es war jede Sekunde wert. Ich danke Ihnen im Namen des gesamten Ausschusses ganz herzlich nicht nur für den Bericht, sondern auch für Ihre sehr wertvolle Arbeit, die durch die Ereignisse am 7. Oktober und danach noch wichtiger geworden ist.

**Sven Wolf (SPD):** Frau Leutheusser-Schnarrenberger, dem Dank des Vorsitzenden will ich mich ausdrücklich anschließen, auch für Ihren Bericht für das Jahr 2022. Sie haben in Ihren einleitenden Worten ja beschrieben, Antisemitismus sei immer noch Alltag, und das vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine. Das hat, wie Sie ja auch betont haben, nach dem 7. Oktober und diesem barbarischen Terror noch eine ganz andere Dimension bekommen.

Ich finde das auch sehr gut, dass Sie die Ideologie der Hamas wiederholt haben. Das haben viele von uns auch in Gesprächen mit jüdischen Gemeinden erlebt. Dieser Versuch, weltweit Angst bei Juden auszulösen, verunsichert viele jüdische Gemeinden in unserem Land. Wir waren uns einig nach der Shoah, dass der Staat Israel ein Schutzraum für Jüdinnen und Juden weltweit sein sollte. Wenn dieser Schutzraum wankt, dann führt das zu Verunsicherung. Das spüren wir leider auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf den Antisemitismus sind sehr stark spürbar. Sie haben ja die Studie der Bertelsmann Stiftung zitiert zur Haltung von Deutschen zum Staat Israel und umgekehrt von israelischen Befragten zum Staat Deutschland. Erschreckenderweise fällt das sehr weit auseinander. Das ist ja eine sehr schwierige Diskussion, die wir teilweise führen. Man darf natürlich die israelische Politik kritisieren; das ist ja gar keine Frage. Das nehmen Sie mir als Sozialdemokrat auch ab, dass das keine Regierung ist, die jetzt mein Lob bekommt. Aber das muss man trennen von der grundsätzlichen Frage des Bestands des Staates Israel. Das ist zu Recht Staatsräson. Wie versuchen Sie, damit umzugehen?

Dann würde ich die Brücke bauen zum nächsten Thema, das Sie in Ihrem Bericht angesprochen haben, anknüpfend an das, was bei der documenta passiert ist. Ich habe nach dem 7. Oktober von jüdischen Gemeinden ganz häufig gehört: Der Kulturbereich ist auffallend oder erschreckend still zu den Ereignissen gewesen. Und wenn, dann gab es Diskussionen, bei denen gesagt wurde, dass immer beide Seiten gesehen werden müssen. – Dann besteht – das haben Sie gerade beschrieben – immer die Gefahr, dass man Ursache und Wirkung verdreht. Wie sind Sie dazu mit dem Kulturbereich in Gesprächen?

Die EU-Strategie wird heruntergebrochen auf den Bund und auch auf die Länder durch die Entscheidung des Bundesrates. Wie können wir als Landtag da auch mitwirken? Das halte ich für sehr wichtig.

Sie haben einige Best-Practice-Beispiele aus Nordrhein-Westfalen aufgeführt. Wir haben hier im Landtag ja unter den Demokraten gemeinsam beschlossen, dass alle Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit mindestens eine Gedenkstätte besuchen sollten. Das ist ein sehr wichtiges Signal.

Zu den Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften bin ich gespannt auf den Bericht – Sie sagten ja, der liegt vor – und die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit.

Um zum Bildungsbereich zurückzukommen: Sie haben die Schwierigkeiten bei den Meldewegen aufgezeigt. Da würde mich interessieren, welche Verbesserungsvorschläge es von der Schulministerin gibt.

Wenn man im Bericht ein bisschen weiterblättert, merkt man, dass Schule ja wirkt. Sie führen ja aus, dass die Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland zur Schule gehen, weniger antisemitische Haltungen haben als die mit Migrationshintergrund, die in anderen Ländern zur Schule gehen. Das zeigt ja, Schule kann positiv beeinflussen. Das halte ich für wichtig.

Zu den Kommunen haben Sie viel gesagt. Mich interessiert zu der geplanten Veranstaltung in Detmold, wie das weitergeht. Sie haben ja gesagt, dann können Anträge gestellt werden.

Sie haben ja auch den Bereich Gaming genannt. Mich interessiert, ob Sie als Antisemitismusbeauftragte auch versuchen, bei der gamescom einen Fuß in die Tür zu bekommen, um das Thema dort zu platzieren. Dort sind ja diejenigen, die spielen. Wenn das Thema „Antisemitismus“ auch in Computerspielen relevant wird, dann wäre das aus meiner Sicht ein Ort, der dafür gut wäre.

Sie führen die guten Beispiele der geförderten Projekte aus 2022 auf. Ich bin auf die Liste von 2023 gespannt.

Sie haben die Diskussion um die jüdischen Feiertage genannt. Wir haben als Demokraten auf Einladung des Tikvah Instituts und der jüdischen Studierendenverbände auch eine sehr interessante Diskussion dazu geführt. Da muss man immer in Erinnerung rufen, warum das für Jüdinnen und Juden etwas anderes ist als für Christen oder für Muslime. Ich würde es nie tun, aber ich dürfte an Karfreitag Wäsche waschen, weil das bei uns nicht so streng geregelt ist. Aber bei Jüdinnen und Juden gibt es Feiertage mit Arbeitsverbot. Wenn ich die Religion leben will, kann ich dann keine Klausur schreiben. Das ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, halte ich für ganz wichtig. Das war eine sehr bereichernde Diskussion.

Die Heinrich-Heine-Universität hat gemeinsam mit dem Deutschen Fußballmuseum hier in Düsseldorf im Haus der Universität am Shadowplatz eine Ausstellung gezeigt, die mich sehr bewegt hat: „Im Abseits. Jüdische Schicksale im deutschen Fußball“. Studierende, die Geschichte studieren, haben die Biografien aufgearbeitet und Besucherinnen und Besucher durch die Ausstellung geführt. Die Ausstellung hat sehr gut gezeigt, wie selbstverständlich, wichtig und bereichernd jüdisches Leben bis zu einem bestimmten Punkt auch in Deutschland gewesen ist. Gerade über Fußball erreicht man in Deutschland ja viele Menschen, auch emotional.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, vielen Dank für den ausführlichen Bericht und für die Möglichkeit, mit Ihnen heute über dieses wichtige Thema zu diskutieren.

Der 7. Oktober des letzten Jahres hat eine neue Dimension des Judentums gezeigt. Das muss man so deutlich formulieren. Wenn man mit Jüdinnen und Juden und mit den jüdischen Gemeinden hier in Nordrhein-Westfalen spricht, spürt man diese Erschütterung. Man spürt, was das mit den Menschen macht. Israel ist auch ein Schutzraum für Jüdinnen und Juden weltweit. Wenn dieser Schutzraum in dieser Art und Weise angegriffen wird, dann macht das natürlich sehr viel mit den Menschen. Sie haben das gesagt, Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Viele in der jüdischen Community

haben Angehörige in Israel oder kennen Menschen, die von dem Terror direkt betroffen sind. Denn es sind weiterhin Geiseln in den Händen der Hamas. Ich habe das Gefühl, das ist in der Öffentlichkeit nicht mehr ganz so präsent. Aber für die Familien ist das weiterhin eine furchtbare Situation.

Wir waren, glaube ich, alle sehr erschüttert darüber, welcher Antisemitismus auch in Nordrhein-Westfalen offen zutage getreten ist. Wir alle wissen, der Antisemitismus ist da und war auch nie weg nach 1945. Das wissen wir anhand von Studien und aufgrund von Vorfällen und Ereignissen in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Trotzdem hat uns diese Dimension wirklich erschüttert.

Ich glaube, dass sich so mancher – ich schließe mich da an – gefragt hat: Haben wir in den letzten Jahren zu wenig getan? – Ich würde sagen, vielleicht hätten wir noch mehr machen müssen. Aber es war schon richtig, dass wir viel getan haben. Ich glaube, in den letzten Jahren hat sich auch viel bewegt, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben ja nicht die Hände in den Schoss gelegt, sondern in der Antisemitismusprävention und -bekämpfung in den letzten Jahren schon viel auf die Beine gestellt. Aber es zeigt eben, wir müssen noch mehr machen, und wir müssen noch besser werden. Das ist eine Frage, die mich wirklich umtreibt.

Auch der israelbezogene Antisemitismus ist angesprochen worden. Antisemitismus hat ja ganz viele Facetten. Dass das Existenzrecht Israels öffentlich infrage gestellt wird und dass viele Deutsche auch in Umfragen sagen, das Land sei ihnen fremd, muss uns beschäftigen.

Ich frage mich, wie wir das hinkriegen, das Wissen über den Nahostkonflikt zu stärken. Denn die Informationen sind ja vorhanden. Viele Menschen wären auch in der Lage, sich zu informieren. Sie haben Zugänge zu Bildung und könnten sich informieren. Trotzdem gibt es eine große Unwissenheit. Wie kriegen wir das hin, das besser zu vermitteln? Das sind Fragen, die uns beschäftigen müssen.

Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, auf den Sie auch hingewiesen haben, Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Wir haben gemerkt, dass in den Tagen und Wochen nach dem 7. Oktober in Deutschland Musliminnen und Muslime zum Teil pauschal verurteilt wurden und ihnen Antisemitismus zugeschrieben wurde. Wir haben eine Zunahme von antimuslimischen Vorfällen erlebt. Auch das treibt mich um. Wir wissen, wir können menschenfeindliche Einstellungen immer nur gemeinsam bekämpfen. Wir legen heute den Fokus auf Antisemitismus, und das ist richtig und gut so, aber das darf nicht dazu führen, dass andere Gruppen pauschal verurteilt werden. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, dass Sie das gerade so explizit angesprochen haben.

Mich interessiert, in welchen Themenfeldern und gesellschaftlichen Bereichen Sie in der Präventionsarbeit Leerstellen sehen. Aus meiner Sicht haben wir zum Beispiel bei der außerschulischen Bildung und der Erwachsenenbildung eine große Leerstelle. Wie sehen Sie das? Ich glaube auch, dass wir bei der Bekämpfung von Antisemitismus im Internet eine große Leerstelle haben. Da würde mich ganz konkret interessieren, ob Sie Projekte oder Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern kennen, bei denen sich Nordrhein-Westfalen etwas abgucken könnte.

Sie haben gerade viel zu Projekten ausgeführt, die Sie als Antisemitismusbeauftragte fördern. Mich würde mit Blick auf das Jahr 2024 interessieren, ob Sie eine Art thematische Schwerpunktsetzung haben. Dann könnten wir Personen darauf aufmerksam machen, Fördergelder zu beantragen, wenn Sie Projekte in einem bestimmten Themenbereich planen, also zu Antisemitismus, aber mit einem bestimmten Fokus.

Sie wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Diskussion über die Planungen des MKW zur Einrichtung einer Stabsstelle zur Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus führen. Sehen Sie Vorteile bei der Einrichtung einer solchen Stabsstelle?

**Dirk Wedel (FDP):** Frau Leutheusser-Schnarrenberger, herzlichen Dank für den ausführlichen Bericht, der ja erste Schlaglichter auf den Bericht 2023 wirft, und insbesondere für Ihre wichtige Arbeit, die Sie ja mit einem besonderen Herzblut leisten.

In dem Bericht über das Jahr 2022 hatten Sie in den Handlungsempfehlungen unter anderem ausgeführt, dass das Schulministerium derzeit ein schulspezifisches Meldeformular mit RIAS zusammen erarbeitet. Wir haben gestern im Schulausschuss die Vorlage 18/2143 beraten, die ich dann nicht richtig einordnen kann, weil darin dargestellt wird, dass grundsätzlich weder das Ministerium für Schule und Bildung noch die Bezirksregierungen zentral statistische Daten zu antisemitischen Vorfällen an Schulen erheben.

Meine Fragen sind: Gibt es das gemeinsame Formular von Schulministerium und RIAS mittlerweile? Wo gehen diese Meldungen denn hin? Wo läuft das auf? Wird das nur bei RIAS gesammelt? Oder spielt das auch bei den Schulen oder der Schulaufsicht oder wie auch immer eine Rolle? Das ist mir einfach unklar. Das hörte sich in Ihrem Bericht so an, als ob das eigentlich ein Meldeweg wäre. Wenn das nur mithilfe von RIAS entwickelt wird, dann hatte ich mir das so vorgestellt, dass das innerhalb der Schulverwaltung irgendwie auch behandelt wird.

Der Kollege Wolf hat ja auch schon darauf abgehoben. Ich habe von dem Bericht seitens der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaften bisher noch nichts gehört. Ist das irgendwie veröffentlicht? Werden wir durch Ihren Bericht vermittelt Erkenntnisse darüber gewinnen können?

Anknüpfend an den Bericht von 2022: Sie hatten über verschiedene Studien berichtet, die in Arbeit waren. Zum Beispiel die Studie „Antisemitismus als soziales Phänomen in der Institution Schule“ sollte im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Wie ist da der Sachstand? Sie hatten auch die Studie zu Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen erwähnt. Die soll ohnehin erst 2024 vorgestellt werden. Trotzdem interessiert mich dazu auch der Sachstand.

Zu der neuen Dimension seit dem 7. Oktober: Wir sind ja zeitnah von RIAS NRW mit Zwischenberichten versorgt worden, wofür ich sehr dankbar war. Das sind vermutlich Zahlen, die Ihnen auch vorliegen. Sie haben vielleicht auch schon erste Erkenntnisse, auch wenn die endgültigen Zahlen noch nicht vorliegen. Aber Sie hatten angedeutet, dass Sie schon erste Erkenntnisse von dem haben, was aus der Kriminalstatistik von Bundeskriminalamt und Landeskriminalamt hervorgeht. Früher gab es ja in allen Ex-

tremismusbereichen Antisemitismus, aber das war schon rechtsdominiert. Ich vermute, dass sich an der Quantität der Straftaten und Vorfälle aus dem Bereich rechts nichts geändert haben wird. Meine Frage ist, ob sich in den anderen Bereichen überproportional viel Zuwachs gezeigt hat, insbesondere beim israelbezogenen Antisemitismus.

Eine weitere Frage will ich etwas globaler stellen. Wir haben uns ja alle dem Kampf gegen Antisemitismus verschrieben und sind ja auch schon seit längerer Zeit dabei, aktiv dagegen vorzugehen, unter anderem mit der Schaffung dieser Stelle der Antisemitismusbeauftragten. Trotzdem erleben wir jetzt geradezu eine Explosion der Vorfälle nach dem 7. Oktober. Gibt es da schon eine Art Reflexion, was die Maßnahmen insgesamt angeht? Ist es erforderlich, mehr von dem zu tun, was wir bislang tun, oder ist es auch notwendig, neue Ansätze zu finden?

Man hat den Eindruck, wir erreichen immer diejenigen, die ohnehin auf der richtigen Seite stehen. Die Frage ist: Ist dieser Eindruck richtig, dass wir noch andere Zugänge bräuchten zu denjenigen, die für Antisemitismus empfänglich sind oder ihn selbst offensiv vertreten? Es geht ja mehr um diejenigen, die da irgendwie beeinflussbar sind. Ist das also ein Anlass, das einer Reflexion zu unterziehen, wie man diejenigen, die für so etwas empfänglich sind, besser erreicht?

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank auch von unserer Seite für den Bericht. Ich habe nur zwei kurze Nachfragen.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie hatten sich, glaube ich, im November im Zusammenhang mit den antiisraelischen Demos hier in NRW zum Thema „Versammlungsanmeldung“ geäußert und – wenn ich es richtig wiedergebe – gefordert, dass Art. 8 dem Wortlaut nach ausgelegt werden sollte, also als Deutschengrundrecht, so dass man die Staatsbürgerschaft der Anmelder von solchen Versammlungen prüfen sollte und gegebenenfalls die Anmeldefreiheit hier beschränken sollte. Bleibt das Ihre Forderung? Wie waren die Reaktionen darauf? Verfolgen Sie das weiter?

Die zweite Frage: Es gab jetzt verschiedentlich Forderungen nach einem Entzug der Staatsbürgerschaft bei doppelter Staatsbürgerschaft bzw. einer Nichterteilung, wenn es zu antisemitischen Taten kommt. Wie stehen Sie dazu?

**Daniel Hagemeier (CDU):** Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ich schließe mich im Namen der CDU-Fraktion dem Dank an, was Ihre Ausführungen angeht.

Erste Frage: Ich würde gerne zuerst auf den Bildungsbereich eingehen, und zwar im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler. Antisemitismusprävention wird ja in Deutschland sehr häufig mit dem Holocaust in Verbindung gebracht. So war man ja auch in den letzten Jahrzehnten häufig präventiv unterwegs. Angesichts der aktuellen Situation nach dem 7. Oktober und von Aussagen in sozialen Medien interessiert mich, wie es uns gelingen kann, jungen Menschen ab 14 Jahre die Zusammenhänge besser zu vermitteln und sie ein Stück weit auch zu schützen. Facebook ist ja seit einigen Jahren auf dem absteigenden Ast. Es gibt ja andere soziale Netzwerke, wo sich unterschiedliche Gruppierungen tummeln.



Die zweite Frage bezieht sich auf die Zusammenarbeit in der Bundesrepublik. Wir haben ja in jedem Bundesland eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten. Wie funktioniert da insgesamt aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit? Gibt es Schnittmengen? Gibt es gute Beispiele aus anderen Bundesländern, an die man anknüpfen kann?

Die dritte Frage halte ich für sehr wichtig. Gibt es konkrete Ideen aus dem Länderaustausch, wie wir jüdisches Leben insgesamt besser sichtbar machen können, um nicht nur die Einrichtungen zu schützen, sondern proaktiv nach vorne zu gehen?

**Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ich beginne mit einem Dank aus der Binnensicht der Staatskanzlei für die sehr gute Zusammenarbeit. Wir sind sehr froh, mit Ihnen eine so engagierte Antisemitismusbeauftragte zu haben. Das ist gerade in diesen Zeiten sehr wichtig.

Das will ich auch dem Ausschuss sagen: Das ist wichtig in der konkreten Arbeit der Antisemitismusbekämpfung. Aber das hilft auch, wenn der Kommunikationsbedarf gegenüber den jüdischen Gemeinden ansteigt, wenn man im wahrsten Sinne des Wortes mehr Talking Heads hat. Dass Frau Leutheusser-Schnarrenberger in den Wochen nach dem 7. Oktober im ganzen Land auch kleine jüdische Gemeinden aufgesucht hat – so persönlich, wie das dem Ministerpräsidenten und mir gar nicht möglich gewesen wäre –, hat dazu beigetragen, dass dort angekommen ist, dass wir die Situation im Blick haben.

Diese Verunsicherung, die dort nach wie vor herrscht, ist ja angesprochen worden. Dann ist das Erste, überhaupt da zu sein, zuzuhören, das wahrzunehmen und anzuerkennen, dass das – wie es in Israel heißt – ein Tag ist, der nicht vergehen will. Ich merke das immer wieder – wie jüngst beim Austausch mit der Spitze der jüdischen Verbände bei uns im Land –, dass das sehr wichtig ist, zu zeigen, dass das nicht nur ein Strohfeuer der Solidarität und der Aufmerksamkeit war, sondern anhält.

Das Gute ist, dass sich das nicht nur in der Präsenz und Kommunikation erschöpft, sondern auch in der tatsächlichen Arbeit an den Themen zeigt. Wie Sie wissen, hat ja die Antisemitismusbeauftragte gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und der stellvertretenden Ministerpräsidentin einen Zehnpunkteplan der Landesregierung gegen Antisemitismus vorgestellt. Das sind Maßnahmen, die wir ad hoc angestoßen oder verstärkt haben. Das ist keine erschöpfende Liste in dem Sinne, dass es mehr nicht gibt, sondern das ist auf Dinge fokussiert, die jetzt konkret angeschoben werden. Das war uns auch wichtig, um sehr früh nach dem 7. Oktober klarzumachen, dass es nicht bei „Nie wieder ist jetzt“ als Slogan bleibt, sondern das auch unterlegt wird mit der ganzen Bandbreite, die notwendig ist.

Die Umsetzung dieser angekündigten Maßnahmen ist in vollem Gange. Die Ressorts arbeiten das ab. Aus der Staatskanzlei koordinieren wir das natürlich – so wie andere Dinge auch. Das ist unter anderem auch Thema unserer Staatssekretärsklausur zum Ende diesen Monats, weil das in den Ressorts auch nach wie vor Führungsaufgabe ist, darauf zu achten, dass nicht die Bedenken in den Vordergrund treten, sondern wir da weiterhin Tempo machen.

In dem Zuge will ich die Frage aufgreifen, die Herr Wedel gerade aufgeworfen hat: Erreichen wir nur die üblichen Verdächtigen bzw. – preaching to the saved – diejenigen, die sowieso schon Bescheid wissen? Das ist genau der Punkt, der auch den Ministerpräsidenten und uns in der Staatskanzlei gemeinsam mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger umtreibt: Wie können wir den Radius unserer Maßnahmen erweitern?

Das ist auch einer der Gründe, warum wir das von uns aus an beispielhaften Projekten anstoßen. Die Ressorts sind auch dazu aufgerufen. Von dort kommt auch sehr viel Engagement in diesem Bereich, nicht zuletzt natürlich aus dem MKW – Frau Brandes wird das selber sagen – in der Frage: Wie können wir auch andere Zielgruppen erreichen?

Wenn ich etwa an die Schüler denke, setzen wir große Hoffnungen auf das Instrument der digitalen Führungen, das ich letztes Jahr im April bei meinem Besuch in Auschwitz-Birkenau mit der Stiftung angeschoben habe. Das ersetzt keinen Besuch vor Ort, aber es ist für viele besser als nichts. Es kann auch einen Besuch vorbereiten oder nachbereiten. Aber vor allem sind die Möglichkeiten der Ausgestaltung einer solchen digitalen Führung natürlich mannigfaltig, um zielgruppenspezifisch ein Angebot zu machen. Das beginnt bei der Sprache und geht weiter bis zu Fragen, was eingeblendet wird, welche Materialien verwendet werden, wie lange etwas dauert und welche Gesprächspartner hinzugezogen werden.

Hier haben wir der Stiftung Nordrhein-Westfalen quasi als Testfeld angeboten, worauf die Stiftung sehr weitflächig zurückgegriffen hat. Ich werde gemeinsam mit Frau Feller in der nächsten Woche eine Schule in Jüchen aufsuchen, wo wir das auch gemeinsam einmal machen. Das ist ein beispielhaftes Projekt. Wir wollen dorthin gehen, wo das Thema nicht von selbst angesprochen würde oder wo man angesichts der Herausforderungen, die mit einem Besuch einer Gedenkstätte – gar im Ausland – verbunden wären, davon absieht.

Noch zwei Punkte aus den Bereichen Medien und Internationales, die ich ja bearbeiten darf, zunächst Medien: Daniel Hagemeier hat das Thema völlig zu Recht gerade angesprochen, nämlich Hass und Hetze im Netz, besonders Antisemitismus. Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter, wenn es darum geht, das auch mit modernen Instrumenten – Stichwort „künstliche Intelligenz“ – zu bekämpfen. Trotzdem erschlägt einen – ich habe ja den Besuch in der Landesmedienanstalt gemacht – die Masse, die einem dort sozusagen entgegenkommt. Aber auch da gilt es natürlich dann, nicht zu kapitulieren, sondern etwa mit künstlicher Intelligenz Instrumente zu entwickeln, die es uns erlauben, auch bei begrenzten Ressourcen eine andere Effektivität zu entfalten. Das gelingt damit. Die Tatsache, dass alle anderen Landesmedienanstalten dieses Instrument übernommen haben und wir sogar aus dem europäischen Ausland – Belgien und andere – Anfragen haben, ob man das dort auch übernehmen kann, zeigt mir, dass es sich lohnt, das in Angriff zu nehmen und vor Hass und Hetze im Netz und Antisemitismus im Netz nicht zurückzuweichen.

International: Uns ist wichtig, dass wir unsere Hausaufgaben hier zu Hause machen, indem wir „Nie wieder ist jetzt“ in die Tat umsetzen – Stichworte „Sicherheit“, „Demonstrationen“, „Versammlungsauflagen“ –, das aber auch darüber hinaus zu erweitern wie mit der Bundesratsinitiative, die wir im Dezember auf den Weg gebracht haben mit

Blick auf das Staatsbürgerschaftsrecht und die Frage der Volksverhetzung. Wir wollen die Staatsräson zu Ende deklinieren.

Bei all dem, was wir hier tun, wollen wir aber auch in Israel selber Zeichen setzen. Deswegen – das betreut der Ausschuss für Internationales – haben wir ein Programm „Schalom – Chaveruth“ ins Leben gerufen, mit dem wir die Frequenz und auch die Dichte an Städtepartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel erhöhen wollen, indem wir Städte und Kommunen ermuntern, beim Wiederaufbau der Landstriche mitzumachen, die durch diesen fürchterlichen Terrorangriff verwüstet worden sind. Das ist das explizite Signal von uns, dass wir genau dort, wo Hamasterroristen aus ihrer Ideologie heraus jüdisches Leben auslöschen wollten, unseren kleinen Beitrag leisten, damit jüdisches Leben dauerhaft erblüht.

Ich kann Ihnen sagen aus einer Begegnung mit dem israelischen Botschafter zu Beginn dieser Woche anlässlich der 100 Tage, dass das dort auch wahrgenommen wird. Auch der Bundespräsident hat das gewürdigt, als er im November vor Ort war. Die Bundesregierung geht jetzt ja auch in ähnlicher Weise vor. Da sind wir in Nordrhein-Westfalen, glaube ich, unserem Anspruch gerecht geworden, besonders enge Beziehungen zu Israel zu pflegen.

Insofern freut es mich, dass das möglich ist mit dem, was uns der Haushaltsgesetzgeber dafür zur Verfügung gestellt hat. Hier zahlt sich ein weiteres Mal aus, dass wir mit dem Landesbüro eine Infrastruktur vor Ort haben, die es uns erlaubt, ganz anders mit Partnern im Gespräch zu sein.

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Auch von mir ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement und für die Leidenschaft, mit der Sie sich gegen Antisemitismus einsetzen, und auch für die gute Zusammenarbeit, insbesondere jetzt in der Phase seit dem 7. Oktober.

Sie haben ein paar Themen angesprochen, auf die ich gerne eingehen möchte.

Ich beginne mit der Kultur, für die ich zuständig bin. Wir haben zum Glück in Nordrhein-Westfalen die Situation, dass sich sehr viele Kulturinstitutionen sehr eindeutig geäußert haben, sich mit den Jüdinnen und Juden solidarisch erklärt haben und die Anschläge verurteilt haben.

Wir haben aber auch die Situation beispielsweise im Folkwang Museum gehabt. Das war ja ein Thema, das auch sehr stark Öffentlichkeit bekommen hat, als man dort einen BDS-freundlichen Kurator eingeladen hat und sich daraufhin vor allen Dingen im Internet mit einem fürchterlichen Shitstorm konfrontiert gesehen hat.

Deswegen sehe ich die Notwendigkeit – die sehen auch viele Kulturinstitutionen –, dass wir unsere Förderbedingungen anpassen und dass wir mit Geld des Landes Nordrhein-Westfalen keine Künstlerinnen und Künstler und keine Institutionen fördern, die sich antisemitisch oder antizionistisch geäußert haben.

Ich bin aber ausdrücklich dafür, dass wir das im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern und mit dem Bund machen, weil es viele Kulturinstitutionen gibt, die aus mehreren Ländern oder aus einer Kombination Bund und Land gefördert werden. Ich glaube, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn wir da getrennt vorgehen. Wir sind

auch im Gespräch zwischen verschiedenen Bundesländern und dem Bund, da eine einheitliche Linie zu finden und ganz klar zu sagen, dass niemand, der Antisemit oder Antizionist ist, von staatlicher Kulturförderung profitieren darf. Das muss ja völlig eindeutig feststehen.

Sie haben angesprochen, dass Sie dankenswerterweise bei der Landeswissenschaftskonferenz waren. Das war auch wichtig, weil es für eine sehr große Klarheit in der Diskussion gesorgt hat.

Sie haben ja auch eben schon gesagt, dass sich auch die Hochschulrektorenkonferenz inzwischen sehr eindeutig geäußert hat. Wir haben auch auf der Studierendenseite eine Initiative Fridays for Israel an vielen Universitäten im Land. Ich bin auch da gewesen. Das ist einerseits natürlich sehr ermutigend, wie sich die Studierenden dort einsetzen. Andererseits ist der Polizeischutz, unter dem das stattfinden muss, beklemmend und bedrückend. Umso wichtiger ist es natürlich, dass es diese Initiativen gibt.

Wir haben auch mit den Hochschulen gemeinsam jetzt viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir sind ja im sehr engen Austausch mit den jüdischen Studierendenorganisationen. Wir haben auch eine Anhörung im Wissenschaftsausschuss gehabt und sind jetzt dabei, Maßnahmen umzusetzen, um den betroffenen Studierenden zu helfen, aber auch den Lehrenden zu helfen, in Diskussionen an Hochschulen beispielsweise klar Position beziehen zu können und auch in einem eventuellen Eskalationsfall handlungsfähig zu sein, was natürlich auch wichtig ist und was jetzt angesichts der Schärfe und der Unsachlichkeit, die diese Diskussion angenommen hat, glaube ich, noch wichtiger geworden ist. Ich sehe da auch eine große Verantwortung im Hochschulsystem, weil wir da einen großen Teil der Führungskräfte der Zukunft ausbilden. Wir müssen da ansetzen und dafür sorgen, dass es keine Zweideutigkeit gibt.

Ich möchte im Bereich der Erinnerungskultur auf ein Projekt aufmerksam machen, das wir jetzt gerade begonnen haben. Nathanael Liminski hat es angesprochen. Es ist uns wichtig, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler entweder selber eine KZ-Gedenkstätte besuchen oder sich zumindest virtuell dort bewegen können. Ich bin selber in meiner Schulzeit in vielen Gedenkstätten gewesen. Das Eindrucksvollste war ein Besuch in Theresienstadt, wo wir mit einer dort ehemals Inhaftierten sprechen konnten. Niemand, der damals dabei war, hat das bis heute vergessen.

Das hat mich auch dazu gebracht, letztes Jahr bei einer Kulturreise in New York einen Termin mit dem Museum of Jewish Heritage zu machen. Die haben auch heute noch ein großes Netzwerk mit Holocaustüberlebenden. Wir haben jetzt ein Kooperationsprojekt begonnen, bei dem wir Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen in Videokonferenzen mit Holocaustüberlebenden zusammenbringen. Das hat schon einmal stattgefunden und hat eine unglaubliche Resonanz bei Schülerinnen und Schülern gehabt, die daran teilnehmen wollten. Das hat natürlich einen großen Eindruck hinterlassen.

Ich meine, dass es wichtig ist, dass wir uns darum jetzt kümmern, auch weil wir wissen, dass die Generation der Überlebenden uns leider nicht mehr lange zur Verfügung stehen wird, um berichten zu können, was sie damals ertragen mussten. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, den wir leisten können, um diese Erinnerung wach zu halten und

auch zu zeigen, dass es eben damals auch so begonnen hat wie Dinge, die wir heute auf unseren Straßen sehen können.

Eben ist schon angesprochen worden, dass wir jetzt mit der Einrichtung der Stabsstelle die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus, aber natürlich auch Rassismus, Rechtsextremismus, Islamismus und Demokratiefeindlichkeit aufwerten wollen. Wir haben schon sehr viele positive Reaktionen dazu bekommen, insbesondere aus den Hochschulen, weil man dankbar ist, im für sie zuständigen Ministerium Ansprechpartner zu finden, mit denen man diese Themen weiterentwickeln kann. Ich danke Ihnen auch herzlich, dass Sie uns dabei unterstützen.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen):** Sie haben viele Probleme angesprochen. Wie wir mehr Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen der nordrhein-westfälischen Gesellschaft erreichen können, beschäftigt uns natürlich auch sehr. In Schulen erreichen wir sie. Da können sie nicht weglaufen, da müssen sie hin, Gott sei Dank. Das ist ein guter Bereich. Studierende können wir an Universitäten erreichen. Das ist dann schon ein anderes Niveau. Aber in den Bereichen dazwischen bei Bildungsförderungseinrichtungen und Organisationen der Vermittlung von politischer Bildung ist das natürlich genauso wichtig.

Ein Bereich hat mich schon im letzten Jahr beschäftigt. Es gibt natürlich die Integrationskurse für diejenigen, die nach Deutschland kommen. Daran müssen sie teilnehmen. Da gab es bisher schon Ansatzpunkte, auch auf die Geschichte hinzuweisen, aber die werden jetzt gerade evaluiert. Das geht von der Bundesebene aus. Die setzen den Rahmen dafür, damit dann auch in den Ländern damit umgegangen wird und auch noch Dinge ergänzt werden können. Das steht jetzt an. Die sind dabei, diese Integrationskurse entsprechend damit zu füttern, damit dieses Thema genau dann schon angesprochen wird. Denn das sind ja Prozesse, wo man dann nach Deutschland kommt, wo man hier leben will. Da erreiche ich eben auch wiederum einen ganz bestimmten Personenkreis. Vor allen Dingen die, die diese Kurse machen, müssen sensibilisiert werden, so wie Lehrkräfte in anderen Bereichen. Von daher kommt dem für mich eine große Rolle zu.

Ich habe das in unsere Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten im letzten Jahr hineingebracht, weil der Bund zunächst die erste Anlaufstelle ist. Wir treffen uns drei- bis viermal im Jahr, zweimal präsent und, wenn es nötig ist, auch digital. Da spielt das eine ganz große Rolle. Da laden wir dann auch die Vertreter aus den Ministerien ein. Uns ist berichtet worden, das wird evaluiert. Aber das Evaluieren muss auch mal beendet sein. Evaluieren ist wichtig, aber dann braucht man das Ergebnis.

Von daher kommt diesem Bereich für mich auch in diesem Jahr eine große Bedeutung zu. Um Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger hier sind und hier schon Kinder und Enkel haben, und diejenigen, die in den letzten Jahren gekommen sind, erreichen zu können, ist das ein Ansatz. Denn wir brauchen ja Strukturen, in die man sich hineinbegeben kann. Was nützt mir der schönste Vortrag zu Antisemitismus und zum Nahostkonflikt in der Volkshochschule, wenn da nur die pensionierten Beamten

sitzen? Dann erreiche ich nur 35 oder 38 Leute, aber weiter geht das nicht unbedingt. Von daher spielen die anderen Ansätze eine nicht unerhebliche Rolle.

Sie haben auf die Bertelsmann Studie Bezug genommen zum Blick der Deutschen nach Israel und umgekehrt. Ich vermute, dass der Blick der Deutschen nach Israel nach dem 7. Oktober nicht besser geworden ist. Wir haben einfach diese Situation: Der Staat Israel wird in nicht wenigen Bereichen – das hat nicht nur mit Migrationsgeschichte zu tun – eher kritisch oder mit Distanz gesehen. Das war früher mehr im richtig linken Spektrum verortet. Da war der Zugang: die armen Palästinenser, Menschenrechtsverletzungen. – Das sind alles wichtige Aspekte. Aber die führten dann zu einer falschen Einschätzung. Deshalb fand ich es besonders interessant, dass Herr Trittin – bei seinem Ausscheiden aus dem Bundestag dazu befragt – gesagt hat, er würde heute manche Dinge anders einordnen, mit Blick auf den 7. Oktober. Das ist, finde ich, ein wichtiger Prozess. Aber das zeigt nur, dass wir dadurch auch wahrscheinlich in Deutschland einen größeren Resonanzboden haben.

Wir haben ADIRA, SABRA und viele Einrichtungen, die sich mit Beratung und Fortbildung beschäftigen. Wir haben gute Netzwerke. Die Anzahl der Organisationen, die sich damit befassen, brauchen wir eigentlich nicht zu erhöhen. Die präsentieren sich alle bei den Kommunaltagen und zeigen, welche Angebote, Projekte und Workshops sie machen. Immer wieder erlebe ich, dass man das gar nicht oft genug sagen kann, weil das in einer Stadtverwaltung, die sich mit ganz anderen Themen zu beschäftigen hat, nicht so präsent ist.

Der israelbezogene Antisemitismus speist sich unterschiedlich. Das hat auch einen islamistischen Hintergrund, kam aber besonders früher eher aus dem weit linken Spektrum. Dieser israelbezogene Antisemitismus spielt für uns in diesem Jahr auch insofern eine große Rolle, weil wir die Abgrenzung zur Kritik an der Politik Israels deutlich machen müssen. Mit 3D – Delegitimation usw. – können nicht alle etwas anfangen. Das geht aus allen Berichten hervor. Wenn ich die Existenz Israels leugne, komme ich natürlich in den israelbezogenen Antisemitismus, wenn ich den Staat Israel gar nicht haben will, die Heimstätte für Jüdinnen und Juden, weil sie nach 1945 nicht wussten, wo sie hin sollten, soweit sie das Glück hatten, Überlebende zu sein.

Wir erbitten und bekommen auch Ausarbeitungen von Universitäten. Wir arbeiten eng mit Herrn Beyer von der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf zusammen. Mit dem machen wir ja auch die Dunkelfeldstudie, Herr Wedel. Wir wollten eigentlich im Oktober mit der Befragung anfangen und haben uns das dann nach dem 7. Oktober noch einmal gemeinsam überlegt. Denn bei der Befragung sollten ja gerade durch eine etwas komplexere Fragestellung die sonst typischen Antworten hinterfragt werden. Im November wurde dann begonnen, und im Frühjahr diesen Jahres erwarten wir jetzt Ergebnisse. Die Befragung läuft weiter. Das ist ziemlich aufwendig. Da sind viele unterwegs, weil das nicht digital erfolgt. Das ist so komplex – da muss man ja auch nachfragen –, dass man das nicht mal so eben mit einer Zoomkonferenz machen kann. Aber genau deshalb haben wir das ja in Angriff genommen, weil es das in dieser Form einer tiefergehenden Befragung mit Erkenntnissen, die ausgewertet werden können, bisher so nicht gibt. Im Frühjahr diesen Jahres sollen uns Ergebnisse vorgestellt werden. Wir machen alle zwei Monate ein Feedbackgespräch untereinander.

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle beim Landeskriminalamt ist mit dabei. Die hat auch von Anfang an an dem Fragenkatalog mitgewirkt, weil sie sich natürlich für ihre Arbeit – auch für den Verfassungsschutz – daraus Erkenntnisse erwartet. Das hat gezeigt, wie gut es ist, Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und Praktiker auf der anderen Seite zusammenzubringen. Da haben sich auch außerhalb dieser Dunkelfeldstudie ganz gute Kontakte ergeben.

Frau Schäffer, Sie hatten nach Themenschwerpunkten gefragt. Wir wollen ein möglichst breites Angebot machen. Wenn Schulen oder Initiativen aus Nordrhein-Westfalen kommen, wollen wir nicht sagen: Das Thema machen wir jetzt unter dem Aspekt „Antisemitismus“ nicht, Sie müssen sich nur darauf fokussieren. – Wir brauchen auch die Vielfalt in der Fläche, weil es auch sehr unterschiedliche lokale Situationen gibt, auf die wir auch gerade Rücksicht nehmen wollen.

Das Thema „israelbezogener Antisemitismus“ ist nach dem 7. Oktober noch einmal in einer ganz anderen Art und Weise präsent oder auch problematisch geworden, jedenfalls für viele auch schwierig im Umgang. Das schlägt bis in den Kulturbereich durch. Da möchte ich jetzt nicht von israelbezogenem Antisemitismus sprechen. Aber im Kulturbereich gibt es nicht wenige, die doch eher bei BDS ein sehr offenes Ohr haben oder nicht die IHRA-Definition, sondern die Jerusalem Declaration als ihre Grundlage ansehen, die gerade keine Verurteilung der BDS vornimmt, also nicht sagt, einen Boykott Israels soll es nicht geben, nach dem Motto: Sanktionen sind doch ganz normal, dann kann man das doch auch so machen. – Das ist natürlich vor einem ganz anderen Hintergrund eine Sanktion, die sonst staatlicherseits verhängt wird. Denn da machen sich das Institutionen zu eigen und meinen, jetzt könnten sie da mal so aus ihrer Sicht heraus zeigen, wie ihre Haltung zu Israel ist. Das ist natürlich dann eine negative. Von daher spielt das auch in diesem Kontext eine wichtige Rolle.

Ich bin da auch mit dem Geschäftsführer des Kulturrats auf der Bundesebene Herr Zimmermann in Kontakt, der auch hier in NRW schon im Kulturrat sehr gewirkt hat und inzwischen eine ganz klare Haltung eingenommen hat, was die IHRA-Definition als Grundlage der Arbeit auch im Kulturbereich angeht. Der geht da auch Streitdiskussionen nicht aus dem Weg, und die sind im Kulturbereich einfach da.

Wir erleben es jetzt ja durch diese Unterschriftenaktion von Künstlerinnen und Künstlern mit dem Vorschlag, der da aus Berlin kommt. Da haben sich ja jetzt gleich sehr viele Tausende zusammengetan. Das ist die alte Debatte, die wir auch hatten anknüpfend an die documenta. Letztendlich geht es immer wieder auf dieselben Punkte zurück. Ich glaube, das muss man wirklich auch mal austragen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir einfach so eine Debatte laufen lassen sollten, nach dem Motto: Jeder kann da sagen, was er will.

Wenn es um staatliche Gelder geht, ist die BLK auch ziemlich klar, also unsere Gruppierung der Antisemitismusbeauftragten. Wenn es um staatliche Gelder geht, dann ist es schon wichtig, sehr genau hinzusehen. Dabei geht es nicht darum, ob in der fünften Verästelung bei einer Petition irgendwo mal eine Unterschrift stand, denn da muss man ja auch Absichtungen vornehmen. Aber für Institutionen, die klar sagen, die BDS sei doch gar nicht so schlecht, und das, was die mache, sei ein wichtiger

Diskussionsbeitrag, kann ich einfach keine staatlichen Gelder ausgeben. Das wird, denke ich, in diesem Jahr noch eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Darin sehe ich auch ein bisschen unsere Aufgabe. Denn es gibt dazu schon gute Ausarbeitungen, zum Beispiel von Professor Salzborn über israelbezogenen Antisemitismus. Wir werden noch sehen, wie wir das in Workshops – SABRA hat das auch schon auf der Agenda – noch sehr viel stärker anbieten. Deshalb war ich auch im Kulturausschuss des Städtetages und habe genau auch darüber lange geredet. Da haben die auch gesagt, sie wollen sich jetzt doch noch deutlich intensiver damit beschäftigen als bisher, weil einfach auch viele Informationen in dieser Dimension nicht vorhanden sind.

Denn natürlich wird im Kulturbereich auch Meinungsbildung betrieben. Wir hatten mit dem Tikvah Institut auch dazu eine Veranstaltung, an der ich teilgenommen habe. Da haben jüdische Schauspieler gesagt, dass sie bei manchen Theatern keine Chance auf einen Auftrag haben. Da wird nach der Haltung gefragt, und wenn die nicht in Richtung Boykott und Sanktionen geht, dann kriegen die keinen Auftrag. Das findet da auch unterschwellig statt und kommt so nicht in die Öffentlichkeit.

Umso wichtiger ist es, da im Gespräch zu sein. Da ist es manchmal wichtiger, man redet mit den Verantwortlichen statt immer alles plakativ nach außen zu machen. Das führt ja eher dazu, dass sich unterschiedliche Haltungen aufbauen. Wenn es Verlierer gibt, ist es immer ganz schwierig, irgendeine Sache zu einem Ergebnis zu bringen.

Herr Wolf, Sie sprachen ja auch die EU-Strategie an. Ich hatte letzte Woche eine Veranstaltung in Brüssel mit Frau von Schnurbein, der Antisemitismusbeauftragten der EU-Kommission, bei der wir natürlich auch über diese Strategie gesprochen haben und bei der sie mir gesagt hat, dass es noch einmal mehr Gelder für Projekte gibt. Ich habe dann auch nach ein paar konkreten Informationen gefragt, um die in die Fläche geben zu können, denn für EU-Projekte Geld zu beantragen, ist ein ziemlich aufwendiger Vorgang, und das können kleine Institutionen nicht leisten. Das ist aber noch nicht so praktikabel, dass ich da jetzt Informationen hätte mitbringen können.

Dort ist aber natürlich eines deutlich geworden. Sie haben da einiges angestoßen auf EU-Ebene. Ich finde es gut, wie sie sich da einbringt. Nicht in allen Mitgliedstaaten ist man vielleicht so engagiert wie in Deutschland und gerade in Nordrhein-Westfalen. Aber wenn nicht von unten, von den Kommunen und von der Zivilgesellschaft das Engagement ausgeht, dann nützen die tollsten Programme, die von oben von der EU kommen, nicht viel. Wir werden da am Ball bleiben. Ich werde mit ihr noch ausführlich darüber sprechen, wie für zivilgesellschaftliche Organisationen finanzielle Unterstützung beantragt werden kann. Das sind sehr gute Ansätze. Wir haben uns eingebracht, aber das von oben nach unten in die Fläche zu bringen, ist noch eine ganz andere Herausforderung.

Das Meldeformular und der Meldeweg sind angesprochen worden. Ich habe das ja gefordert. Ich bin sehr dafür. Wir brauchen das dringend. Wir haben einen offiziellen Meldeweg bei Straftaten innerhalb von Schulen. Das sind aber die wenigsten Vorfälle. Dazu gibt es auch ein paar Zahlen. Aber es geht ja gar nicht darum. Gerade bei unter Vierzehnjährigen können Sie ja nicht irgendwelche Straftaten erfassen. Aber Sie können vielleicht Äußerungen aufnehmen, aus denen sich dann eine Notwendigkeit ergibt,



innerschulisch vorzugehen und das zu erfassen, um ein Bild zu haben. RIAS erfasst ja nicht, um Menschen vorzuführen, sondern um einen besseren Blick in unsere Gesellschaft zu geben.

Dieses Meldeformular ist noch nicht fertig. Aber ich gehe davon aus, dass wir das im ersten Quartal des Jahres bekommen werden. Das, was da abgefragt wird, ist, glaube ich, nicht mehr kritisch. Inzwischen liegt, glaube ich, auch die Stellungnahme vom Datenschutzbeauftragten vor. Da gab es auch Nachfragen. Datenschutzprobleme entstehen aber erst, wenn es um die Übermittlung von personenbezogenen Informationen geht, damit unterhalb der strafrechtlich relevanten Grenze nichts an Staatsanwaltschaften, Ausländerbehörden und Sozialämter geht. Da kommt zu Recht der Datenschutz ins Spiel. Da brauche ich eine Gesetzesgrundlage. Wenn das im schulischen Bereich verwendet wird, sind das mit Sicherheit lösbare Datenschutzprobleme. So würde ich das bei meinem laienhaften Zugang beurteilen. Ich glaube, die hat man inzwischen ausdiskutiert oder beseitigt. Da finden jetzt, glaube ich, die letzten Gespräche zwischen den beiden beteiligten Ministerien Integration und Schule statt. Von daher gehe ich davon aus, dass das im ersten Quartal passieren wird. Ich hatte da auch noch mal ein Gespräch mit dem Schulministerium.

Herr Wedel, Sie fragten, was dann damit passiert. Äußerungen über anwesende Menschen, allgemeine Äußerungen oder Beschimpfungen von Lehrerinnen und Lehrern sind natürlich eine innerschulische Sache. Dann muss Schulaufsicht, wenn es notwendig ist, tätig werden. Das kann RIAS nicht machen; die sind ja dafür nicht zuständig. Ich habe das so verstanden, dass das bei RIAS auch erfasst wird, um einen Gesamtüberblick zu bekommen, aber die Konfliktmanagementfunktion im schulischen Bereich liegt und nicht bei RIAS. Das ist mein Informationsstand.

Zu den Feiertagen brauche ich, glaube ich, jetzt nicht mehr viel zu sagen. Ich bin keine Freundin davon, ein Artikelgesetz mit 15 verschiedenen Bestimmungen zu machen, die alle möglichen Landesgesetze betreffen. Nur wenn da gar keine Verständigung gelingt, braucht es eine gesetzliche Regelung. Ich glaube aber, dass wir da jetzt doch ausreichend Problembewusstsein geschaffen haben. Das ist das Wichtigste, um sich dann mit Lösungsansätzen befassen zu können. Eine Verständigung wie mit dem IMPP ist ein möglicher Weg.

Ich weiß das aus der Praxis, Herr Wolf. Ein jüdischer Student sollte an einem Samstag eine Klausur schreiben. Das ging aber nicht. Was war der Ausweg? Er hat einer anderen Person, die er selbst mitgebracht hat, diktiert, was diese schreiben soll. Das kann nicht die Antwort sein. Wenn der nächste Prüfungstermin erst ein Dreivierteljahr später angeboten wird, verliert man ja ein bis zwei Semester. Deshalb ist es wichtig, das von vornherein anders zu regeln, um eine wirkliche Benachteiligung zu vermeiden – Art. 4, Religionsfreiheit.

Herr Wedel, Sie haben die Studie der Ruhr-Universität Bochum zu Antisemitismus im Kontext Schule angesprochen. Die Befragung und die Unterrichtsbeobachtungen sind abgeschlossen. Der Bericht an das Ministerium liegt vor. Jetzt geht es in den letzten Abstimmungen um die Unterrichtsmaterialien. Da sind ein paar Fragen offen. Vor allen Dingen denke ich: Das war ja alles vor dem 7. Oktober. Wir können jetzt – jedenfalls bin auch ich der Meinung – nicht Unterrichtsmaterialien an alle Schulen geben, in

denen nicht auch der Nahostkonflikt mit thematisiert wird. Das ist in den Unterrichtsstunden zwar mal aufgeploppt – salopp ausgedrückt –, aber wir hatten noch nicht den 7. Oktober. Also müssen die Unterrichtsmaterialien noch aktualisiert werden. Daran arbeitet das Ministerium jetzt. Das mache ich natürlich nicht, aber ich verstehe das. Das ist auch ein Grund für Verzögerungen.

Wie sehen die RIAS-Zwischenberichte aus? Natürlich ist auch noch im rechtsextremen Bereich ein hoher Anteil. Das darf man nicht vernachlässigen. Aber wir haben noch keine abschließende Aufschlüsselung. Ich habe nur diesen Phänomenbereich antisemitisch motiviert. Die Auffächerungen ausländische Ideologie, rechts, links, nicht zuordenbar liegen mir noch nicht vor. Die kommen natürlich mit in meinen Bericht für 2023. Die kommen immer Ende Januar. Ich gehe davon aus, dass ich in meinem Bericht dann konkrete Angaben machen kann.

Herr Tritschler, der Entzug der Staatsbürgerschaft wird nicht funktionieren. Das ist eine schwierige Geschichte. Ich bin aber der Meinung – das habe ich deutlich gesagt –, dass bei der Erteilung der Staatsbürgerschaft unabhängig von den anderen Kriterien, die man da aufstellt, auch die Haltung zu Israel eine Rolle spielen muss. Ich glaube auch, dass sich das wiederfinden soll. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wird auf Bundesebene ja gerade beraten.

Versammlungsrecht, in der Verfassung stehen Deutsche: Nach allen Kommentierungen zu Art. 8 Grundgesetz – Versammlungsfreiheit – gilt, dass in den Ländern natürlich auch Menschen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit dieses Demonstrationsrecht haben, auch wenn es nicht im Wortlaut in der Verfassung steht. So ist die Rechtslage. Die Reaktionen waren klar, Herr Tritschler: massive Kritik allerorten. Das ist dann so. Manchmal guckt man dann auch noch dreimal in den Kommentar. Das erleichtert auch die Einordnung. Deshalb sage ich das hier so offen.

Kommunen, Detmold, meine Erwartungen: Wir machen das am 27. Februar. Wir haben wieder ein ganz umfassendes Programm mit all dem, was auf Landesebene passiert. Ich habe die Organisationen schon erwähnt. Natürlich ist auch die Landeszentrale für politische Bildung immer dabei, aber auch andere, ADIRA, SABRA. Wir haben auch immer einen Rechtsprofessor dabei, der zu schwierigen Fragen Auskunft gibt: Wann kann ich es ablehnen, dass eine Organisation einen öffentlichen Raum bekommt, weil ein BDS-Bezug oder ähnliches festgestellt wird? – Das ist sehr kompliziert und wird uns dann von Fachseite praktisch anwendbar vermittelt.

Es findet auch ein Austausch statt. Wir erzählen auch, was wir machen können. Das soll auch ein Incentive sein. Danach kann nicht nur mit diesen Organisationen bilateral noch besser zusammengearbeitet werden, sondern es können auch bei uns Anträge für ein Projekt vor Ort gestellt werden. Das können Projekte sein, die mit Erinnerungskultur zusammenhängen, aber auch zivilgesellschaftliche Projekte, die sich ganz aktuell mit den verschiedenen Formen von Antisemitismus befassen und dann überlegen, wie man das zum Beispiel in einem Comic oder im Zusammenbringen von Menschen mit ganz unterschiedlichen Zugängen thematisieren kann. Diese Vielfalt kann man nicht verordnen, sondern die entsteht. Das fördern wir dann. Bei solchen Projekten sind 2.000 oder 3.000 Euro für Schulen oder kleine Vereine vor Ort schon ganz viel wert, und die entfalten manchmal mehr Wirkung als eine Studie für 500.000 Euro, die zwar

auch wichtige Erkenntnisse bringt, aber das hat man einmal, und dann ist es das gewesen. Das werden wir natürlich fortsetzen.

Natürlich spielt – deshalb habe ich israelbezogenen Antisemitismus erwähnt –, Herr Hagemeier, die Sprache eine ganz entscheidende Rolle. Worte verraten, wie die aktuelle Debatte zu Remigration zeigt. Es gilt, Zusammenhänge in unterschiedlicher Form und Sprache besser zu erklären, für unter Vierzehnjährige anders als für ältere Jugendliche. Dazu wollen wir uns von Universitäten zu verschiedenen Aspekten wie israelbezogenem Antisemitismus mit unterschiedlichem Alterszugang etwas ausarbeiten lassen. Zum Beispiel Wuppertal macht schon sehr viele gute Dinge. Aber für TikTok oder Instagram sind andere Formen notwendig, um nicht am Empfänger vorbeizureden, und dafür braucht es die entsprechende Medienkompetenz.

Jetzt komme ich zur Stabsstelle. Da sage ich ganz offen und ganz eigennützig aus meiner Sicht: Ich erhoffe mir davon, dass man sich dort mit einer Power, die wir als Antisemitismusbeauftragtenstelle nicht haben, gerade mit diesen Dingen, also auch dem digitalen Bereich, beschäftigt. So hatte ich das auch mit Frau Türkeli-Dehnert besprochen, als sie mir das erklärt hat. Ich bin für alles, was Synergien schafft, wo man sich konzentriert. Denn ich kann als Antisemitismusbeauftragtenbüro keine Digitalstrategie entwickeln. Dazu haben wir gar nicht die Mittel und auch nicht die Kompetenz und die Leute. Wenn das aber da stärker gebündelt passieren kann und das Thema „Erinnerungskultur“ und das, was die Landeszentrale gut macht, da bleibt, wo es ist, dann bin ich dafür, weil das wiederum auch meine Arbeit stärkt und ich davon profitiere. Davon gehe ich aus. So sehe ich das eigennützig und uneigennützig. Ich denke, Voraussetzung dafür ist eine gute Zusammenarbeit und dass man auch über die Dinge redet, und zwar möglichst am Anfang. Nach unserem Gespräch gehe ich davon aus, dass das der Fall sein wird.

Zeitzeugenprojekte sind angesprochen worden. Wir haben Nachfragen von einer Stiftung und von Schulen, intensiver etwas zu einem Zeitzeugen zu machen, der gerne an Schulen gehen möchte und für einen Podcast oder vielleicht eine digitale Präsentation nicht so geeignet ist. Mit 91 Jahren tut man sich mit den Medien schwer. Aber wir wissen, wie wichtig Zeitzeugen für Meinungsbildung sind. Natürlich sind Survivor-Ausstellungen super, aber das sind Riesenprojekte. Wenn wir etwas auflegen können, wo wir an mehrere Schulen gehen, das auch mit Begleitung festhalten und vielleicht daraus auch Aussagen für eine digitale Kommunikation entwickeln können, ist das hervorragend. So ergeben sich immer wieder Ergänzungen unserer Arbeit.

Gaming: Wir sind mit der Stiftung im Gespräch. Für uns ist natürlich der nichtkommerzielle Bereich interessant. Im Zusammenhang mit Erinnerungskultur gibt es auch Spiele. Mir ist auf der gamescom mal ein Spiel vorgestellt worden. Das ist gut, aber wir haben nicht die Mittel, um selbst ein Spiel in Auftrag zu geben, denn da stehen dann 150.000 bis 200.000 Euro im Raum, auch im nichtkommerziellen Bereich. Aber wir sind mit der Geschäftsführerin im Gespräch mit Blick auf Erinnerungskultur und Spiele.

Sport ist angesprochen worden. Die Ausstellung der Heinrich-Heine-Universität finde ich hervorragend. Wir haben auch einen Meldebutton. Ich war dabei, als der Ende letzten Jahres eingeweiht wurde. Das ist ein Weg für Meldungen zu antisemitischen

Vorfällen innerhalb des Sports, die es ja auch gibt, auch wenn die Vereine viel machen. Das ist mit Makkabi zusammen auf den Weg gebracht worden, und RIAS ist mit dabei. Wir waren mit dabei. Das sind gemeinsame Projekte, um Abläufe zu erleichtern und Erkenntnisse zu gewinnen. Das kann auch für andere Bereiche genutzt werden.

**Vorsitzender Klaus Vossemer:** Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, für Ihre engagierten Ausführungen. Wir werden uns im Ausschuss wiedersehen, wenn Ihr nächster Bericht vorliegt.

*(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

**2 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/5830

– abschließende Beratung und Abstimmung

**3 NS-Sondergerichte waren juristisches Unrecht in der NS-Zeit! – Auch und gerade heute ist ein Gedenken an politisch motivierte Unrechtsurteile wichtig!**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/7206

*(Überweisung des Antrags an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 14.12.2023)*

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss zu beteiligen.

#### **4 Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7198

Vorlage 18/2113

*(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss am 14.12.2023)*

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzan-  
hörung.

## **5 Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7196

*(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 15.12.2023)*

**Sven Wolf (SPD)** beantragt die Durchführung einer Präsenzhörung.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** spricht sich dafür aus, die Anträge der Tagesordnungspunkte 4 und 5 in einer Anhörung zu verbinden.

Nach Auffassung von **Sven Wolf (SPD)** handele es sich um sehr unterschiedliche Themen, weshalb er darum bitte, zwei Anhörungen durchzuführen, die aber gerne am gleichen Tag stattfinden könnten.

Zur Landeszentrale verweise er auf die aktuelle Presseberichterstattung in der WELT.

Er hoffe, dass sich die Demokraten relativ schnell verständigten, wie die Demokratie in die Bildungsstätten hineingetragen werden könne. Seine Fraktion mache mit der Woche der Demokratie dazu einen konkreten Vorschlag.

**Dirk Wedel (FDP)** regt an, die Terminierung der Anhörung zum Antrag „Selbstverständnis ‚Demokratie‘“ und die Beratungen zum 2. Demokratiebericht aufeinander abzustimmen.

**Vorsitzender Klaus Vossemer** nimmt die Anregung von Dirk Wedel (FDP) auf.

Der Ausschuss für Schule und Bildung habe bereits in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sich an einer möglichen Anhörung pflichtig zu beteiligen. Das spreche eher für zwei getrennte Anhörungen.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzhörung.



**6 Spieler- und Jugendschutz stärken, Spielsucht bekämpfen: Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) einsetzen!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/7210

*(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss am 15.12.2023)*

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

## 7 Verschiedenes

### a) Hinweis auf zwischenzeitlich eingegangene Vorlagen

**Vorsitzender Klaus Vossemer** macht auf folgende Vorlagen aufmerksam:

- Umlaufbeschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder: „Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag (5. MÄStV)" – Vorlage 18/2083
- Unterrichtung des Hauptausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen über das Abstimmverhalten des Landes zu den Tagesordnungspunkten der 1039. Sitzung des Bundesrates am 7. Dezember 2023 – Vorlage 18/2057
- Umlaufbeschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder: Verwaltungsrat Deutschlandradio – entsendungsberechtigte Länder ab 2024 – Vorlage 18/2071

### b) **Einrichtung der Stabsstelle Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit**

**StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)** setzt den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass die Stabsstelle am 15. Januar 2024 eingerichtet worden sei.

gez. Klaus Vossemer  
Vorsitzender

19.02.2024/19.02.2024